



Wien, 28. Juni 2024

## Presseinformation

### **EGG ermöglicht Ausstieg aus Erdgasabhängigkeit**

#### **Kosten werden überschätzt – auch Lebensmittelerzeugung braucht grünes Gas!**

Im Rahmen des letzten Wirtschaftsausschusses konnte keine Einigung bezüglich des Erneuerbaren Gase Gesetzes (EGG) erzielt werden. Für einen Beschluss braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Eine Einigung drängt, denn die vorletzte Parlamentssitzung in dieser Legislaturperiode ist bereits am 3. Juli. Die Biogas-Branche wartet bereits seit Jahren auf die dringend notwendigen politischen Rahmenbedingungen. „Die Argumente, die gegen das EGG vorgebracht werden, laufen ins Leere. Es sind noch genügend Ausbaupotenziale für erneuerbares Gas vorhanden. Damit können wir eine Grundversorgungssicherheit garantieren, anstatt von fossilen Importen aus Russland abhängig zu bleiben bzw. enorme Strafzahlungen zu leisten, wovon niemand etwas hat. Im Vorjahr kosteten uns die Erdgas-Importe über 3 Mrd. Euro und 2022 sogar fast 8 Mrd. Euro“, erklärt Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes. „Grünes Gas ist zwar am Papier noch teurer als fossiles, aber gerade aus diesem Grund soll das EGG den Markthochlauf des heimischen Energieträgers ermöglichen. Die Kosten für Industrie und Konsumenten halten sich durch die geringe Menge in Grenzen und liegen deutlich unter den jährlichen Preisschwankungen.“ Mit der einzuführenden Quoten-Regelung kommt ein extrem flexibles System zum Einsatz, dass im Gegensatz zur Betriebsförderung (Einspeisetarife, Marktprämie, ...) den Marktkräften einen Raum lässt und Dauerförderungen ausschließt. Investitionsförderungen werden ausgeschrieben und jährlich angepasst. „Die Rohstoffe für grünes Gas sind erneuerbarer Strom für Wasserstoff oder Nebenprodukte sowie Reststoffe aus der Land- und Forstwirtschaft und Abfälle für Biogas. Die Grüngas- und die Lebensmittelerzeugung ergänzen sich, denn grünes Gas wird im großen Umfang für die Produktion der Lebensmittel benötigt“, argumentiert Titschenbacher. „Ich appelliere an die Regierung, sich gemeinsam mit der Opposition beim EGG zu einigen und es im Parlament zu beschließen – im Sinne der Energieversorgungssicherheit und des Klimaschutzes.“

#### *Rückfragehinweis:*

*Antonio Fuljetic-Kristan,*

*Österreichischer Biomasse-Verband,*

*Tel: +43 (0)1 533 07 97 – 31, 0660 85 56 804, E-Mail: [fuljetic@biomasseverband.at](mailto:fuljetic@biomasseverband.at)*